
485/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 26.02.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

Der Abgeordneten Ing. Lugar, Mag. Widmann
Kolleginnen und Kollegen
betreffend thermische Sanierung

Die Bundesregierung hat beschlossen 100 Millionen Euro in die thermische Sanierung zu investieren, was viel zu wenig ist, da dieses Geld lediglich die Kosten der Sanierung von zehn bis 15 größeren öffentliche Gebäude abdeckt. Eine aktuelle GfK-Studie bestätigt den Bedarf von 3,27 Milliarden Euro, um sinnvoll zu sanieren. Größtes Energiesparpotential findet sich aufgrund schlechter Wärmedämmung bei über 1,5 Millionen Einfamilienhäuser, die in der Zeit von 1945 bis 1980 gebaut wurden. Auch könnten über 90 Prozent der 20 000 öffentlichen Gebäuden von einer thermischen Sanierung profitieren.

Mit zinsfreien Krediten, die direkt vom Staat vergeben werden, könnten die Hausbesitzer ihre eigenen vier Wände thermisch auf den neuesten Stand bringen. Das Einsparungspotential an Heizkosten läge bei 80 Prozent, was für einen durchschnittlichen Haushalt 1300 Euro mehr in der Geldbörse bedeutet. Nach wenigen Jahren hätte sich für die Hausbesitzer der Kredit durch diese Einsparung von selbst bezahlt, quasi eine Sanierung zum Nulltarif.

Zudem würde die Einsparung von CO₂- Emissionen das Erreichen des Kyoto-Ziels in greifbare Nähe rücken und sich positiv auf die Umwelt auswirken. Außerdem bringe die thermische Sanierung einen gewaltigen Beschäftigungseffekt und würde die heimische Bauwirtschaft stark fördern. Diese Chance muss gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten genutzt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen sicherzustellen, dass privaten Hausbesitzern ein zinsfreier Kredit direkt vom Staat zum Zwecke der thermischen Sanierung gewährt wird.“

In formeller Hinsicht wird eine Zuweisung an den Umweltausschuss vorgeschlagen.

Wien, 26.02.09